

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXV/116

Bonn, den 26. Juni 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Europas Zukunft hat schon begonnen</u> Zum bevorstehenden Beginn der EWG-Beitrittsverhandlungen Von Dr. Hans Apel, MdB, Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender	61
3 - 4	<u>Bremsen wieder am Werk</u> Sind neue Industrien im Saarland nicht erwünscht? Von Alwin Brück, SPD-MdB	64
5	<u>Die Hochschulen im Bildungsbericht</u> Gründlicher Überblick über die Absichten der Bundesregierung	44

Europas Zukunft hat schon begonnen

Zum bevorstehenden Beginn der EWG-Beitrittsverhandlungen

Von Dr. Hans Apel, MdB,
Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender

Westeuropa steht vor einem entscheidenden Schritt. Ab 1. Juli eröffnet die Europäische Gemeinschaft Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen. Mit den anderen westeuropäischen Ländern wird über besondere Beziehungen in der Form der Assoziation an die EWG gesprochen werden.

Dieser dritte Anlauf zur Erweiterung des Europa der Sechs steht unter guten Vorzeichen. Keines der EWG-Länder wird es dieses Mal wagen, die Verhandlungen mit einem einseitigen Veto zu torpedieren. Die Bereitschaft zur Integration ist bei den Kandidaten gewachsen. Die EWG ist zwar als Zollunion vollendet; der Sprung in die Wirtschafts- und Währungsunion steht aber noch bevor, so daß sie die neuen Mitglieder mitgestalten können. Die vier Beitrittswilligen werden von Anbeginn an an der Entwicklung der politischen Union beteiligt.

Es bleiben dennoch viele Probleme für die Verhandlungen offen. Jeder der vier Kandidaten hat seine besonderen Sorgen, Industriezweige mit geringerer Produktivität, Entwicklungsgebiete, die der Konkurrenz der wirtschaftsstarken Regionen der EWG nicht standhalten können, Zahlungsbilanzschwierigkeiten oder nationale Vorbehalte vor der europäischen Integration. Wir müssen uns auf Verhandlungen einstellen, die viele Monate dauern und unseren vollen politischen Einsatz fordern, und unsere Bereitschaft, um des Zieles willen mit Phantasie und Geduld nach adäquaten Lösungen für die komplexen Probleme zu suchen.

Dabei wird den Beitrittswilligen nichts geschenkt werden. Sie müssen die bereits in der EWG gefundenen Regelungen übernehmen und ihren Teil der finanziellen Lasten tragen. In zwei Bereichen müßten die EWG-Länder allerdings bereit sein, gemeinsam mit den Kandidaten

nach neuen, d.h. besseren Regelungen zu suchen, mindestens aber die bisherige Gemeinschaftspolitik sehr kritisch zu überprüfen.

Es geht dabei erstens um die gemeinsame Agrarpolitik. Sie hat zu einer sinnlosen Überproduktion geführt, die den Verbraucher unnötig belastet, den Weltagrarhandel stört und knappe Produktionsfaktoren in der Landwirtschaft hält. Sie kostet uns zudem viele Milliarden an Steuergeldern, die wir sinnvoller für den Fortschritt der Menschen einsetzen könnten. Die Landwirtschaft darf nicht die Zeche der europäischen Produktion zahlen. Das Dahinwursteln in diesem Bereich muß aber aufhören. Unsere aktuelle Politik kann nicht für die Landwirtschaft der Zehn gelten. Sie muß entsprechend modernisiert werden.

Angesichts des Beitritts Englands zur EWG und seiner engen Bindungen an das britische Commonwealth muß auch die Entwicklungshilfe der Sechser-Gemeinschaft an 18 afrikanische Länder, vornehmlich ehemalige französische Kolonien, überdacht werden. Diese Entwicklungshilfe besteht aus Zollvorteilen und öffentlichen Investitionen in diesen Ländern und ist bis 1975 fest zugesagt. Die sich bildende Riesengemeinschaft leistungsfähiger westeuropäischer Industrieländer muß viel stärker als bisher ihren schnell wachsenden Wohlstand in den Dienst der Entwicklungspolitik stellen. Dabei müssen grundsätzlich alle Entwicklungsländer gleich behandelt werden. Das heißt natürlich nicht, daß damit die bereits mit der EWG Assoziierten das Niveau der ihnen gewährten Hilfe verlieren müssen. Denkbar aber ist es, die Art der Hilfe so umzugestalten, daß aus ihr keine Diskriminierung anderer Entwicklungsländer mehr folgt.

Die Beitrittswilligen wissen, daß sie einer politischen Gemeinschaft beitreten wollen, die im Interesse ihrer Wirksamkeit und ihrer Aufgabenstellung über den ökonomischen Bereich hinausgreift und ein politisch geeintes Westeuropa anvisiert. Sie bekennen sich zum Ziel der Demokratisierung der EWG. Ein starkes und geeintes Westeuropa wird den Frieden zwischen den Nationen besiegeln und einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West leisten. Deshalb werden wir unsere ganze Kraft für die Erweiterung der EWG um England, Dänemark, Irland und Norwegen einsetzen. Sie liegt im Interesse Europas und unseres Landes.

Bremser wieder am Werk

Sind neue Industrien im Saarland nicht erwünscht?

Von Alwin Brück, SPD-MdB

Die Bremser melden sich im Saarland wieder zum Wort. In der "Saarbrücker Zeitung" plädierte jetzt der Präsident des Verbandes der weiterverarbeitenden Eisen- und Metallindustrie des Saarlandes für eine Ansiedlung neuer Industrien im Saarland "mit Maß". Nach den unbestrittenen Erfolgen der letzten Monate auf diesem Gebiet erscheine es jetzt dringend notwendig, der Phase der Ansiedlung nun eine solche der Anpassung anfügen zu lassen. Der Unternehmer meint in diesem Artikel, die "Betreiber und Wortführer einer übertriebenen Ansiedlungspolitik" bräuchten ja nicht die Folgen zu tragen. Die ansässige Industrie müsse die Suppe auslöffeln. Der Autor - von dessen Gedanken sich die "Saarbrücker Zeitung" im Vorspann distanzierte - weist dabei auf die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt hin, nachdem endlich auch im Saarland die Arbeitslosenquote unter die 1-Prozent-Grenze gesunken ist.

Jetzt sind wir also wieder soweit. Jahrelang hörten die Befürworter einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes immer wieder vom saarländischen Wirtschaftsminister den Hinweis auf die fehlenden Arbeitskräfte im Saarland, wenn diese eine gezielte Ansiedlungspolitik verlangten. Jahrelang bemühte man sich nicht um neue Industrien für das Saarland, weil man der bereits ansässigen Industrie keine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ins Land holen wollte. Bis dann die Krise von 1966/67 die strukturellen Probleme des Saarlandes schonungslos aufdeckte.

Es gab keine "Engpässe" mehr auf dem saarländischen Arbeitsmarkt. So berichtete im November des Jahres 1966 der Präsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes vor der Vollversammlung der Kammer: "Zum erstenmal seit mehr als zehn Jahren ist im September das Angebot an offenen Stellen für Männer geringer als die Zahl der Arbeitslosen. Firmen mit Saisonbeschäftigung berichten, daß es gegenwärtig keine Schwierigkeiten mehr bereitet, genügend Arbeitskräfte zu gewinnen". So begann es damals. Wenige Zeit später stieg dann die Zahl der

Arbeitslosen immer schneller. Sie stieg weit über den Bundesdurchschnitt. Viele Saarländer verließen ihre Heimat und suchten sich in einem anderen Bundesland Arbeit und Brot. Nicht die saarländischen Unternehmer mußten damals die Suppe auslöffeln, sondern die saarländischen Arbeitnehmer.

Alles das scheint vergessen. Jetzt, da auch die saarländische Wirtschaft langsam gesundet - im vergangenen Jahr lag die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts zum erstenmal seit der wirtschaftlichen Rückgliederung über dem Bundesdurchschnitt - melden sich also die Bremsler wieder zum Wort, die sich - wenn auch in vorsichtiger Form - gegen die Ansiedlung neuer Betriebe wenden.

Noch sind diese Gedanken nicht Allgemeingut der saarländischen Unternehmer. Auf der Jahresversammlung des saarländischen Industriellenverbandes wurde in dieser Woche erneut betont, daß Strukturverbesserung im Saarland notwendig sei. Das wirkt beruhigend, obwohl einige Untertöne in der Jahresversammlung bedenklich stimmen. Da wurde von "grotesken Auswüchsen" beim Kampf um die Arbeitskräfte gesprochen, die die "Unternehmersolidarität" ad absurdum führten.

Daher muß man schon jetzt die saarländischen Unternehmer davor warnen, "Unternehmersolidarität" dadurch zu üben, daß man die erfolgreiche Strukturpolitik der Bundesregierung im Saarland bremsen will. Die Bundesregierung wird kein Ohr für solche Wünsche saarländischer Unternehmer haben. Bei dem bisherigen und künftigen Ministerpräsidenten Dr. Franz-Josef Röder dagegen scheinen die Forderungen aus Unternehmerkreisen schon eher auf Gegenliebe zu stoßen. Eigentlich spricht Röder das nicht offen aus, aber er meinte dieser Tage vor der Landespresse-Konferenz, man sollte nicht Ansiedlung um jeden Preis anbieten. Was soll diese Formulierung? Niemand hat bisher Ansiedlungen um jeden Preis betrieben. Steht hinter dieser Formulierung des Ministerpräsidenten nicht doch der Wunsch nach Festigung der bisherigen Strukturpolitik? Will die Landesregierung in den Trott vergangener Jahre zurückfallen und aus Rücksicht auf bereits ansässige Industrien keine neuen Betriebe im Saarland mehr ansiedeln? Davon kann man nur warnen.

Die Hochschulen im Bildungsbericht

Gründlicher Überblick über die Absichten der Bundesregierung

Am 5. Juni 1970 hat die Bundesregierung dem Bundestag den "Bericht zur Bildungspolitik" vorgelegt, den Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 bereits angekündigt hatte.

Der umfangreiche Teil, der sich mit der Hochschulpolitik befaßt, verdient besondere Aufmerksamkeit, weil der Bund nach der Grundgesetzänderung des letzten Jahres auf diesem Sektor eine Rahmenkompetenz erhalten hat. Somit kann er nun seine Hochschulpolitischen Vorstellungen weitgehend selbst in die Tat umsetzen und ist nicht mehr ausschließlich auf die Einsicht der Länder angewiesen. Nach den 14 Thesen des Wissenschaftsministers, Prof. Dr. H. Leussink, die direkt der Vorbereitung des Hochschulrahmengesetzes dienten, bietet nun der Bildungsbericht einen noch umfassenderen Überblick über die politischen Intentionen der Bundesregierung.

Zwei grundsätzliche Zielvorstellungen formuliert die Regierung:

- die Zusammenfassung aller bislang getrennten Bereiche des Hochschulsystems in integrierter Gesamthochschulen
- den quantitativen Ausbau auf mehr als das Doppelte der jetzigen Kapazität.

Mit dem ersten Punkt hat die Regierung Brandt die Zweifel, ob sie sich nicht mit der Scheinlösung einer additiven Zusammenfassung zufrieden geben wolle, endgültig ausgeräumt, mit der zweiten Feststellung hat sie klargestellt, daß sie auch vor enormen finanziellen und organisatorischen Anstrengungen nicht zurückscheut.

Aber auch in Detailfragen der Hochschulreform gibt der Bericht alle wünschenswerten Auskünfte über die Ansichten der Regierung. So wird ausführlich zur Studienreform Stellung genommen, und Minister Leussink widerlegt hier diejenigen seiner Kritiker, die ihn zum Technokraten abstempeln wollten, denn der Bericht konstatiert: "Das Studium muß vor allem die Fähigkeit zu selbständig kritischer Wissenserweiterung vermitteln."

Besonders bemerkenswert sind die Feststellungen zur Lehrkörperstruktur. Neben Professoren und Assistenzprofessoren, die kooperativ rechtlich völlig gleichgestellt werden sollen, wird es nur noch eine begrenzte Zahl von wissenschaftlichen Mitarbeitern geben, die keine Lehrfunktionen wahrnehmen. Der Status des Hochschullehrers darf nach Ansicht der Bundesregierung nicht von der Frage abhängig gemacht werden, ob dieser überwiegend forschend oder lehrend tätig ist. Mit diesen Überlegungen zur Lehrkörperstruktur hat sich die Regierung weitgehend die Reformvorschläge der Bundesassistentenkonferenz zu eigen gemacht.

Alles in allem läßt dieser Teil des Bildungsberichtes den Schluß zu, daß wir von dieser Bundesregierung ein fortschrittliches Hochschulrahmengesetz erwarten dürfen, das nicht nur den Problemen von heute, sondern auch zukünftigen Anforderungen gerecht wird und so einen Eckstein der inneren Reformen darstellt.

Dr. Uwe Janssen